

DER TAGESSPIEGEL

BERLIN COGNOSCERE SAUSAS

Bonn unter Druck

Es ist schon fast egal, ob der ehemalige iranische Staatspräsident Banisadr am Ende seine schweren Anschuldigen gegen Teheran auch noch durch die Unterschriften der Anstifter des „Mykonos“-Attentats belegen kann. Irans Staatsführung steht unter Druck – und ohne Zweifel auch Bonn. Nach dem Haftbefehl gegen Geheimdienstchef Fallahijan müssen nun auch das Religiöse Oberhaupt Ali Khamenei und Staatspräsident Rafsandschani mit einem Ermittlungsverfahren rechnen. Das hat bisher noch kein Staatsoberhaupt erfahren – sieht man einmal von Erich Honecker ab. Die Bösen wohnen in Teheran, das ist inzwischen klar, und immer dünner werden die Rechtferti-

gungen? aller jener Regierungen, die bisher jede Isolierung Teherans mannhaft abgelehnt haben. Es gibt keinen Grund für die amerikanische Führung zu feiern, aber die vergangenen Wochen haben ihre harte Haltung gegen Iran und Libyen, vor allem aber ihre Unnachgiebigkeit gegen deren Handelspartner bestätigt. Nach den neuen Anschuldigungen gegen deutsche Firmen, die Material für Kadhafis Giftgasanlagen geliefert haben sollen, und der sensationellen Aussage Banisadr wird es Bonn schwerfallen, die Formel vom „kritischen Dialog“ mit akzeptablen Inhalten zu füllen. **bvl**

■ NACHRICHT SEITE 1

AA000313

Samstag/Sonntag, 24./25. August 1996

Seite 2 / Süddeutsche Zeitung Nr. 195

Neue Details bei Zeugenaussage im „Mykonos“-Prozeß

Bani-Sadr konkretisiert Mordvorwurf

Bundesanwaltschaft erwägt Ermittlungen gegen Irans Staatsspitze

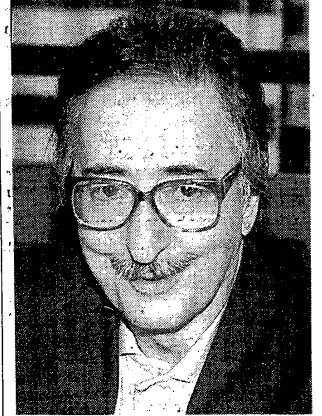
Berlin (dpa/AFP) – Der ehemalige iranische Präsident Abolhassan Bani-Sadr hat am zweiten Tag seiner Vernehmung im Berliner „Mykonos“-Prozeß seinen Vorwurf konkretisiert, Irans Staatsspitze ordne Mordanschläge an. Die Bundesanwaltschaft will jetzt prüfen, ob sie Ermittlungsverfahren gegen Staatspräsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani und den religiösen Führer des Regimes, Ayatollah Ali Khamenei, einleiten muß. Im März hatte der Bundesgerichtshof Haftbefehl gegen Geheimdienstminister Ali Fallahian erlassen. Die Bundesregierung nannte am Freitag Bani-Sadr Kritik an der deutschen Iran-Politik absurd. Sie versicherte, es gebe keine Absprache mit Teheran darüber, nach Prozeßende die fünf in Berlin des Mordes Angeklagten freizulassen. Ayatollah Mohammed Jafar, der Wächter über die iranische Justiz, forderte in seiner Freitagspredigt in Teheran die deutsche Justiz auf, dem Gestützten und Geflüchteten (Bani-Sadr) keinen Glauben zu schenken, sonst setze sie ihre eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Bani-Sadr sprach vor dem Berliner Kammergericht von „neuen Informationen“ über die Verantwortung der politischen und der religiösen Führung seines Heimatlandes für das Attentat im Berliner Restaurant „Mykonos“ im September 1992. Die Informationen seien ihm erst am Vortag zugetragen worden. Nach diesen Quellen habe Khamenei eine schriftliche Genehmigung zur Ermordung der vier iranisch-kurdischen Oppositionspolitiker erteilt. Außerdem sei der Ayatollah früher als bisher bekannt in die Ausarbeitung des Plans einbezogen gewesen. Er, Bani-Sadr, sei bereits einen Monat vor der Ausführung des Attentats darüber informiert gewesen; er habe dann eines der späteren Opfer die Erkenntnisse übermitteln lassen.

Bundesanwalt Bruno Jost stufte diese Mitteilung „als sehr konkret“ und als brisant ein. Vor Einleitung eines Ermitt-

lungsverfahrens gegen Khamenei und Rafsandschani müsse allerdings noch untersucht werden, ob „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ vorlägen.

Die Verteidigung zweifelte die Darstellung Bani-Sadr stark an. Rechtsanwalt Henning Spangenberg sagte, der Zeuge Bani-Sadr habe sich selber demontiert. Es sei ungläubig, innerhalb eines Tages an so neue Informationen herankommen zu können. Der stellvertretende Regierungssprecher Herbert Schmülling sagte



ABOLHASSA BANI-SADR Photo: Reuter

in Bonn, das Auswärtige Amt werde die Aussagen des ehemaligen iranischen Präsidenten „genauestens analysieren“. Die am Donnerstag geäußerte Befürchtung Bani-Sadr, Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer habe in Teheran eine Absprache über die fünf Berliner Angeklagten getroffen, sei aber eine „absurde Behauptung“. Der Staatsminister im Kanzleramt habe sich im Mai nur zu einer humanitären Mission in Iran aufgehalten.

AA000314